



## Medienmitteilung

Bern, 17. März 2026

---

VOLKSABSTIMMUNG 14. JUNI 2026

### **Städte lehnen die Initiative «Keine 10 Millionen-Schweiz» klar ab**

**Die Schweizer Städte sind als wirtschaftliche Zentren und Innovationslabore des Landes von einer Begrenzung der Zuwanderung stark betroffen. Die Annahme der Initiative «Keine 10 Millionen-Schweiz» würde der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu dringend benötigten Fachkräften einschränken, den bewährten bilateralen Weg mit Europa in Frage stellen und damit die Wohlfahrt des Landes gefährden. Der Schweizerische Städteverband lehnt die Initiative deshalb klar ab.**

Am 14. Juni 2026 stimmt die Schweiz über eine Vorlage von grösster wirtschafts-, gesellschafts- und europapolitischer Bedeutung ab. Die Volksinitiative «Keine 10 Million-Schweiz» will eine starre Begrenzung der Wohnbevölkerung auf 10 Millionen einführen. Sie bedroht damit den Wohlstand, die Lebensqualität und Arbeitsplätze und damit die Grundversorgung in der Schweiz. Mit der Initiative würde sich der Fachkräftemangel stark zuspitzen, da aufgrund der demographischen Entwicklung mehr Leute in Rente gehen als junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten. Damit würde die bereits heute angespannte Situation in vielen Branchen verschärft, beispielsweise in der Pflege und im Gesundheitswesen; die Versorgungssicherheit würde leiden, die Wartezeiten zunehmen. Auch Fachkräfte in der IT, Forschung, Technologie oder Energie würden fehlen und die Innovationsfähigkeit der Schweiz schwächen. Besonders betroffen wären die städtischen Zentren als Treiber von Innovation und Nährboden für Startups. Der Städteverband unterstützt deshalb die breite Allianz aus Politik und Wirtschaft gegen die Initiative.

Bei Annahme der Initiative müssten internationale Übereinkommen gekündigt werden, insbesondere die bewährten bilateralen Verträge mit der EU. Die Schweizer Städte sind als bedeutendste Wirtschaftsstandorte auf offene Märkte und internationale Vernetzung angewiesen und haben deshalb den bilateralen Weg und die Personenfreizügigkeit seit jeher gestützt. Für Schweizer Unternehmen ist nicht nur der klar geregelte und zuverlässige Zugang zum EU-Binnenmarkt elementar. Sie müssen auch die Möglichkeit haben, unbürokratisch und gezielt Arbeitskräfte aus der EU zu rekrutieren.

Mit der Initiative würde zudem die Sicherheit unseres Landes gefährdet. Sollten zusätzlich Abkommen wie Schengen/Dublin wegfallen, würde die polizeiliche Zusammenarbeit erschwert und das Asylsystem stärker belastet – mit spürbaren Auswirkungen für Kantone und Städte.

Die Erfahrung der Schweizer Städte zeigt, dass Bevölkerungswachstum zwar Herausforderungen mit sich bringt, aber zugleich für ein vielfältiges und attraktives städtisches Leben sorgt. Eine grössere Bevölkerung geht einher mit mehr Arbeitsleistung, ausgebauter Infrastruktur, mehr Bildungs- und Betreuungsinstitutionen, kulturellen Einrichtungen und vielfältigen gastronomischen Angeboten. Die Städte haben wiederholt bewiesen, dass sie Wachstum bei Mobilität, Wohnraum und Infrastruktur bewältigen und gestalten können; etwa durch Investitionen in den öffentlichen Verkehr, die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, die Entwicklung neuer Quartiere und qualitätsvolle Innenentwicklung. Die bestehenden Herausforderungen – etwa beim Wohnen – lassen sich nur mit gezielten politischen Instrumenten lösen. Eine starre Bevölkerungsobergrenze ist der falsche Ansatz.



## Auskunft

Benjamin Fröhlich, Leiter Kommunikation, [medien@staedteverband.ch](mailto:medien@staedteverband.ch), 031 356 32 44

Der **Schweizerische Städteverband** vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.